

Neue Kraft für Löbau



Kommunalwahlprogramm der FDP Löbau

Zur Stadtratswahl am 07.Juni 2009

Die FDP Löbau ist ihr Ansprechpartner für eine vernünftige und bürgernahe Politik des Machbaren. Sie steht für verständliche und nachvollziehbare Entscheidungen. Die FDP will eine gedeihliche Zusammenarbeit im Löbauer Rathaus zwischen Stadtrat und Stadtverwaltung.

Das zentrale Ereignis, um das sich die Löbauer Stadtpolitik in den nächsten Jahren drehen wird, ist ohne Zweifel die Landesgartenschau 2012. Löbau – Die Perle der Oberlausitz – soll wieder erblühen und wir Liberalen werden dafür wirken. Allerdings müssen die Projekte finanzierbar und nachhaltig sein, damit nicht die nächste Generation die Zeche bezahlt.

Wir respektieren die Bildung des neuen Landkreises Görlitz und wollen seine weitere Entwicklung konstruktiv begleiten. Die Bedeutung als Konventsstadt des Oberlausitzer Sechsstädtebundes wird Löbau helfen, auch im neuen Landkreis ihren Platz zu finden. Für die Löbauer Liberalen ist es von großer Bedeutung, dass auch zukünftig in der Stadt eine Anlaufstelle des Landkreises für die Bürgerinnen und Bürger aus Löbau und Umgebung erhalten bleibt.

1) Wirtschaft und Finanzen

Die FDP Löbau nimmt es nicht hin, dass die Region inzwischen als Hochburg der Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland gilt. Sie wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, die wirtschaftliche Lage in Löbau zu verbessern. Dazu wollen wir ein unternehmerfreundliches Klima schaffen und die notwendigen Impulse geben.

Auch wenn es nicht leicht ist, neue Unternehmen für unsere Region zu gewinnen, wird die FDP alles daran setzen auch Neuansiedlungen zu unterstützen. Hier bedarf es eines schnellen, zuvorkommenden und unbürokratischen Handelns. Dabei ist eine hohe Auslastung der heutigen Industrie- und Gewerbegebiete anzustreben, bevor in die Erschließung neuer Flächen investiert wird. Ebenso wichtig ist uns die Unterstützung der bestehenden Betriebe.

Als Stütze für die regionale Wirtschaft sehen wir unter anderem auch den Tourismus an. Dazu bedarf es eines professionellen Marketings, welches aus unserer Sicht nur im regionalen Verbund Sinn macht. Löbau lässt sich am wirksamsten innerhalb einer gemeinsamen Dachmarke „Oberlausitz“ darstellen. Deshalb setzt sich die FDP Löbau für ein gemeinsames und einheitliches Tourismusmarketing in der Oberlausitz ein.

Aber natürlich muss Löbau auch seine eigenen Hausaufgaben machen. Ein Weihnachtsmarkt, so wie wir ihn 2008 erleben mussten, ist Gift für jede Tourismuswerbung. Löbau und seine Bürger haben mehr verdient und sind sicher auch zu mehr im Stande. Wir fordern von der Stadtverwaltung, dass sich dieses Trauerspiel nicht noch einmal wiederholt. Der Bierzeltcharakter soll wieder dem kindlichen Charme eines richtigen Weihnachtsmarktes weichen.

Die FDP Löbau setzt sich für einen effizienten und transparenten Umgang mit öffentlichen Geldern aus. Wir wollen auch in Zukunft Gestaltungsspielräume haben und fordern daher einen besonnen Umgang mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger. Trotzdem

muss die Stadt Löbau auch in Krisenzeiten handeln. Deshalb sprechen wir uns gegen ein generelles Neuverschuldungsverbot aus, da im Einzelfall eine maßvolle Kreditaufnahme durch die Stadt Löbau notwendig ist. Ziel muss es aber sein, in guten Jahren mit ausgeglichenen Haushalten zu arbeiten und für eben diese Krisenzeiten vorzusorgen.

Beim Thema Finanzen kommt man am Thema Ausschreibungsrecht nicht vorbei. Wir weisen darauf hin, dass nirgends geschrieben steht, dass immer der Billigere den Zuschlag erhalten muss. Die Stadtverwaltung muss vielmehr dem, auch unter Berücksichtigung der Folgekosten, wirtschaftlichsten Angebot, den Zuschlag erteilen. Das erfordert allerdings eine genaue Prüfung und Bewertung von Angeboten. Aus unserer Sicht sollten das niedrigste und das höchste Angebot aus dem Ausschreibungsverfahren gestrichen werden. Eine entsprechende Initiative wird die FDP Löbau in die entsprechenden überregionalen Gremien der FDP einbringen.

Des Weiteren muss Schluss sein mit Panikkäufen am Jahresende und so genannten „Nikolausdecken“, also der Ausschöpfung von eingeräumten Budgets ohne sachliche Notwendigkeit. Es muss möglich sein, dass nichtbenötigte Mittel auch im Folgejahr verbraucht werden können. Wir fordern ein Belohnungssystem für sparsame Bereiche in der Verwaltung und nicht die Bestrafung, indem im Folgejahr Budgets gekürzt werden. Hier gilt es innovative Wege zu beschreiten, auf denen die Einführung eines zeitgemäßen Buchführungssystems ein Schritt in die richtige Richtung ist.

2) Landesgartenschau 2012 und Stadtumbau

Einhergehend mit der Landesgartenschau wollen wir auch den Stadtumbau weiter forcieren. Im Mittelpunkt muss zum einen die Anpassung an die niedrigeren Einwohnerzahlen und zum anderen an das höhere Durchschnittsalter der Bürgerinnen und Bürger von Löbau stehen. Deshalb muss die Stadt unterstützende Rahmenbestimmungen für altersgerechtes Bauen sowie Barrierefreiheit für alle Bauvorhaben festlegen und deren Einhaltung überprüfen. Des Weiteren ist darauf zu achten, dass bei städtischen Bauprojekten auch die energetische Sanierung im Vordergrund steht.

Beim Stadtumbau bzw. der Innenstadtsanierung ist seit der Wende sehr viel erreicht worden. Wir finden es allerdings sehr bedauerlich, dass einige wichtige Grundstücke in der Löbauer Innenstadt in einem beschämenden Zustand sind. Leider sind Stadt in vielen Fällen die Hände gebunden. Hier gilt es einen langen Atem zu bewahren und jede sich bietende Chance zu nutzen. Auch wenn in manchen Fällen dann die Stadt die Grundstücke kaufen und als Eigentümer einspringen muss. Solche Schandflecke zerstören das Image unserer Stadt und sind somit schädlich für einen blühenden Tourismus.

Die FDP Löbau begrüßt den Willen der Stadt, im Zuge des Konjunkturpaketes, die Straßen im Stadtgebiet zu sanieren. Vorher muss allerdings geklärt werden, inwieweit der Bürger durch Straßenausbaubeiträge diese Projekte mitfinanzieren muss. Wir Liberale fordern die komplette Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung. Mehrere Urteile in Sachsen, insbesondere vom Sächsischen Verfassungsgerichtshof, haben gezeigt, dass die Aufsichtsbehörde die Kommunen nicht dazu zwingen kann, Straßenausbaubeiträge zu verhängen.

3) Verkehr

Die Löbauer Liberalen haben sich seit vielen Jahren für den Neubau der B178 stark gemacht. Unser Engagement wird aus Solidarität mit allen anderen Anrainergemeinden erst enden, wenn die B178 von der Autobahn 4 bis zur Staatsgrenze und über die R35 nach Liberec durchgängig befahrbar ist.

Außerdem werden wir uns für einen guten und flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr einsetzen. Das Modell Anrufbus hat sich bewährt und muss ausgeweitet werden. Dabei muss es auch möglich sein den Service kurzfristig zu nutzen, da sich manch notwendiger Weg erst am Tage selbst ergibt.

Damit die Menschen einen hohen Grad an Mobilität erreichen, müssen die Fahrpläne von Bus und Bahn noch konsequenter aufeinander abgestimmt werden. Wartezeiten von einer Stunde und mehr am Bahnhof Löbau sind nicht akzeptabel. Darüber hinaus muss Löbau wieder in das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn eingebunden werden. Die Züge der neugeschaffene Fernverbindung Dresden-Breslau müssen daher auch in Löbau halten, so wie es in früheren Jahren bereits der Fall war.

Der Bahnhof selbst muss wieder mehr gepflegt werden und ein freundliches Empfangsportal für die Besucher unserer Stadt sein.

4) Familie und Soziales

Arbeitslosigkeit und teilweise niedrige Löhne in der Region führen zu sozialen Brennpunkten in der Stadt Löbau. Zu deren Milderung setzt die FDP auf kostenlose Service- bzw. Sachleistungen statt auf die Auszahlung von Geldern. Einige Kommunen in Sachsen haben bei Schulspeisung oder den Beiträgen zur Kindertagesstätte innovative Wege beschritten. Das zeigt, dass man mit etwas Mut und Kreativität manches Problem lösen und Familien entlasten kann. Wichtig ist uns vor allem, dass nicht nur Arbeitslose in den Genuss von Leistungen kommen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, die jeden Tag einer Arbeit nachgehen.

Darüber hinaus muss für jedes Kind in Löbau ein Betreuungsangebot verfügbar sein. Die Eltern brauchen in der Regel das Einkommen von beiden Partnern, um auskömmlich leben zu können. Wo Kita-Plätze fehlen müssen Tagesmütter die Lücken schließen oder Kooperationen mit den umliegenden Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Löbau eingegangen werden. Wichtig ist dabei, dass die Kindertagesstätten die Umstände der Eltern berücksichtigen und flexibel den Notwendigkeiten von Gleitzeit- und Schichtarbeit Rechnung tragen. Deshalb wollen wir ermöglichen, dass Eltern ihre Kinder auch am Arbeitsort in eine Kita geben können. Anderslautende Zugangsbedingungen an Kitas sind abzuschaffen. Außerdem ist zu prüfen, ob die Beiträge für die Kindertagesstätten ausgesetzt oder zumindest gesenkt werden können.

Wenn die Löbauer Unternehmen zu klein für Betriebskindergärten sind, dann müssen Mittel und Wege geprüft werden, ob es im Verbund mehrerer Unternehmen möglich ist Betriebskindergärten zu gründen. Hier sollte die Stadtverwaltung das Gespräch suchen und über steuerliche Anreize und Zuschüsse aufklären.

5) Stadtverwaltung

Die Verwaltung ist in allererster Linie Dienstleister für die Bürger sowie die Unternehmer sein. Dieses Selbstverständnis ist immer wieder aufs Neue wach zu rufen. Die Stadt muss eng mit der Kreisverwaltung und den umliegenden Gemeinden zusammenarbeiten. Dabei soll die Behörde zukunftsfähig und effizient sein und flexibel auf Veränderungen reagieren können. Ein hohes Maß an Transparenz für den Bürger ist dabei wichtig, damit wieder mehr Vertrauen in die Verwaltung entsteht.

Die Homepage der Stadt Löbau ist unübersichtlich, unzeitgemäß und in weiten Teilen unvollkommen. Unser Anspruch an eine moderne und effiziente Verwaltung schließt ein umfangreiches E-Government mit ein. Der Bürger muss die Möglichkeit haben Anträge nicht nur auszudrucken, sondern direkt im Internet auszufüllen und an den jeweiligen Sachbearbeiter zu verschicken.

Zu einer der wichtigsten Aufgaben einer Stadtverwaltung gehört es zudem, Ordnung und Sauberkeit im Stadtgebiet zu kontrollieren. Das Ordnungsamt ist nicht nur dafür da, Parksünder abzukassieren, sondern auch Ordnung und Sauberkeit in allen Bereichen des täglichen Lebens zu kontrollieren. Dazu gehört unter anderem auch die Überwachung der verschiedenen Satzungen der Großen Kreisstadt Löbau, wie z.B. Anliegersatzung und den darin enthaltenen Reinigungs-, Räum- und Streupflichten von Grundstückseigentümern. Dazu gehört auch die Stadt selbst. Die FDP Löbau unterstützt die vorhandenen Satzungen insoweit, damit in der Stadt Ordnung und Sauberkeit verbessert und die Verbundenheit der Bürger mit ihrem Heimatort noch enger wird. Deshalb muss im Ordnungsamt der Stadt Löbau mehr Personal eingesetzt werden, damit alle Aufgaben der Behörde umgesetzt werden können.